

(Es gilt das gesprochene Wort!) (Sperrvermerk bis 18:30 Uhr)

Sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Stadtverordnete, meine Damen und Herren!

Selten habe ich das Gefühl einer solchen Verunsicherung gehabt wie bei diesen Haushaltsberatungen. Natürlich hat es Ergebnisse gegeben, es ist abgestimmt worden, die schwarz-gelbe Koalition hat sich durchgesetzt. Aber immer wieder habe ich auch gemerkt, dass auch andere Entscheidungen möglich gewesen wären.

Was sind die Gründe für diese Verunsicherung? Wir Lüdinghauser haben doch, wie uns der Bürgermeister im Januar mit stolzgeschwellter Brust vortrug, einen Haushaltsentwurf, der sogar strukturell ausgeglichen ist, wir gehören zu den wenigen Gemeinden in NRW, die keine Schulden aufnehmen müssen, die die Ausgleichsrücklage nicht angreifen müssen. Normalerweise hätte das bedeutet, dass wir dringend gewünschte Vorhaben vorzeitig hätten angehen können oder die Kommunalsteuern senken könnten. Aber der Bürgermeister hat keine dieser Alternativen gewählt. Traut er seinen eigenen Worten nicht?

Wenn wir in den Vorbericht des Haushaltsplans 2013 schauen, wird klar, dass wir es hier mit einem Einmaleffekt zu tun haben. Gut 2 Mio € einmalige Mehreinnahmen aus Grundstücksverkäufen, eine einmalige Senkung der Kreisumlage durch Rückzahlung von überzahlter Jugendamtsumlage aus vergangenen Jahren um 674 Tausend €, und schon ist bei sonst gleichen Voraussetzungen im nächsten Jahr ein Defizit von fast 3 Mio € zu erwarten: Damit kann man auf Dauer wirklich nicht den großen Max markieren! Unser Bürgermeister glaubte also, die Gunst der Stunde nutzen zu können, um ein wenig Wahlkampf für die Kanzlerin treiben zu können; häufiger als in seiner Haushaltsrede habe ich

den Namen von Angela Merkel noch nicht vernommen. Und wenn dann im nächsten Jahr die Zahlen wieder schlechter sind, wird wohl die rot-grüne Landesregierung ganz weit oben bei den Nennungen landen.

Neben den eben erwähnten Einmaleffekten werden die Einnahmen eher als stabil zu bezeichnen sein. Das ist zwar manchmal auf niedriger Ebene, wie bei den Schlüsselzuweisungen, aber insgesamt so planbar, dass der Haushalt auf einem ganz bestimmten Niveau gehalten werden kann. Ob damit all die Leistungen zu erbringen sind, die Lüdinghausens Bevölkerung erwartet, muss auf jeden Fall hinterfragt werden. Und man merkte auch an den Beratungen, dass ein Maximalprogramm nicht durchführbar war. Nur legen die Fraktionen und die Verwaltung dabei unterschiedliche Akzente:

So standen bei der Verwaltung der Erhalt und die Sanierung bestimmter Immobilien und Straßen im Vordergrund, aber es sollen auch neue Straßen und Wege gebaut werden. CDU und FDP denken grob zwar nach demselben Programm, setzen aber andere Prioritäten. Dabei wird deutlich, dass sich vor allem die CDU im Innenbereich häufig scheut, Straßenbaumaßnahmen mitzutragen, wenn diese nach KAG abgerechnet werden sollen. Ob dies dem Substanzerhalt dient, muss bezweifelt werden. Innerstädtische Straßen werden durch die vergangenen harten Winter regelrecht zermahlen. Zu befürchten ist, dass Oberflächenschäden Folgeschäden für die Unterkonstruktion erzeugen. Dass das Flicken von Einzellöchern keinen nachhaltigen Effekt hat, kann man an vielen Stellen der Innenstadt und in den Baugebieten beobachten. Längeres Aufschieben notwendiger Maßnahmen kann hohe Folgekosten verursachen. Insofern gilt für uns Grüne der Grundsatz: Besser Sanierung als Neubau! Wenn aber fachgutachterliche Ergebnisse einfach missachtet werden, wie jüngst CDU, FDP und

UWG vorführten, dann bewegen wir uns in der mittelfristigen Planung auf brüchigem Eis.

Beispiel Sanierung Markt: CDU und FDP wollen in 2013 Planungskosten für den Marktplatz in Höhe von 50.000 € einsetzen. Es gibt Menschen, die glauben, mit dieser Summe ließen sich die Stolperfallen vom Markt bis zur Wilhelmstraße auch so beheben. Wenn das aber nur Planungskosten sein sollen, dann müsste an irgendeiner Stelle auch ein Ansatz für den Umbau von Marktplatz und Wilhelmstraße stehen. Ich habe diesen aber nicht gefunden. Wenn also in diesem Jahr nur Planungskosten, jedoch mögliche Baumaßnahmen erst in späteren Jahren anfallen, dann kann es wegen möglicher Verschlechterungen des Haushalts dazu kommen, dass zusätzliches Geld nicht zur Verfügung steht – und dann sind auch die Planungskosten für die Katz! Auch hier gilt für uns Grüne: Besser Sanierung als Neubau! Aber zumindest die Kosten sollten in die mittelfristige Haushaltsplanung eingestellt werden, damit alle wissen, was auf sie zukommt!

Ein besonderes Problem können zugesagte Zuweisungen vom Land für bestimmte investive Maßnahmen sein. Nehmen wir als Beispiel in diesem Jahr den Radweg Ostenstever jenseits des Klärwerks. Vermisst hat diesen Radweg bisher niemand. Leider ist außer uns Grünen kaum einer auf die Idee gekommen, mal die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme zu hinterfragen Und so werden zusätzlich zu den 232.000 € vom Land auch noch 100.000 € von der Stadt in die Versiegelung der Landschaft gesteckt, was nur unseren Haushalt belastet (- und den des Landes dazu!). Bei möglichen Zuweisungen bittet unsere Fraktion darum, nächstens nicht gleich wie der Fisch nach dem Köder zu schnappen – man könnte sonst bald auf dem Trockenen liegen!

Ein etwas differenzierteres Bild zeigt sich beim Gebäudemanagement. Dort stehen in den nächsten Jahren sicher schwierige und kostenträchtige Maßnahmen zur Entschei-

dung an. Dabei sind die Schulgebäude der allgemeinbildenden Schulen im Moment sogar außen vor. Aber schon mit den Turnhallen haben wir einen Komplex vor uns, den wir mit aller Sorgfalt mittel- bis langfristig zu überschauen haben. Denn die Bedürfnisse der Schulen nach Sportunterricht (und nur dafür haben wir als Stadt unsere Pflichtaufgabe zu leisten) und der Breitensport, der auch der Gesundheitsvorsorge dient, werden sich durch die Veränderung der Schullandschaft, vor allem durch den dabei zu berücksichtigenden demografischen Faktor, in Zukunft ganz anders gestalten, als heutige Mangelverwaltung befürchten lässt. Wir brauchen dafür zwar neue Hallen, aber keine Leistungssporthalle 21.

Zu den städtischen Sportstätten zählt auch das Hallenbad, dessen Entwicklung wir sorgfältig zu begleiten haben. Mögliche Kostenschätzungen auf der einen Seite können durch Bedürfnisse auf der anderen Seite schnell konterkariert werden. Im Klartext: Können wir Lüdinghauseruns Hallenbad und Leistungssporthalle gleichzeitig leisten?

Schloss Westerholt als Sitz der Musikschule ist uns Grünen ein Anliegen. Die Musikschule braucht ein festes Anlaufzentrum für die Verwaltung, aber auch für die vielfältigen Erfordernisse von der musikalischen Früherziehung bis zum Instrumentalunterricht ein eigenes Gebäude. In den jetzigen Ersatzräumen wird doch schon häufig an Wilhelm Busch gedacht: Musik wird störend oft empfunden, dieweil sie mit Geräusch verbunden! Eine professionelle musikalische Erziehung regt die Fantasie der Kinder an und stützt die intellektuelle Weiterentwicklung. Deshalb ist uns das den Betrag von insgesamt 1,2 Mio € an dieser Stelle wert.

Anders sieht es mit dem Gebäude Borg 4 aus. Ob nur durch den recht teuren Umbau des Gebäudes die Bedürfnisse von LH-Marketing zu erfüllen sind, ist unserer Fraktion noch nicht ausreichend begründet dargelegt worden. Die unter-

schiedlichen Möglichkeiten der Umgestaltung des Gebäudes selbst laufen doch schnell auf die Höchstsumme zu, andere Alternativen außerhalb des Gebäudes sollten in die Überlegungen einbezogen werden. Insofern bleiben wir Grüne dabei, den Sperrvermerk für diese Maßnahme aufrecht zu erhalten.

Nicht nur durch Bau und Unterhaltung von Gebäuden und Straßen werden Leistungen für die Bürger erbracht, sondern auch durch die Arbeit des Personals der städtischen Einrichtungen selbst. In vielen Fällen sind diese Dienstleistungen für den Bürger nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Und hier zeigt sich die größte Diskrepanz zwischen Verwaltung und CDU/FDP-Koalition. Der Bürgermeister weiß, dass die Kapazitäten der Verwaltung begrenzt sind, traut sich aber gegenüber CDU und FDP nicht, sinnvolle Personalaufstockungen vorzuschlagen. Dabei hätte die CDU selbst merken können, dass die Verwaltung keine freien Kapazitäten mehr hat, denn ihr sinnvoller Vorschlag, aus Lüdinghausen eine Klimakommune zu machen, wird vom Bürgermeister mit Hinweis auf mangelndes Personal auf den St.Nimmerleins-Tag verschoben. Ebenso geht es dem SPD-Antrag, Lüdinghausen zur fahrradfreundlichen Kommune weiter zu entwickeln. Und statt zu meckern, dass die Verwaltung bestimmte Vorlagen nicht rechtzeitig erarbeiten kann, hätte die CDU die Begründung des Bürgermeisters, dass dies an mangelnden Kapazitäten liege, in eigenes sinnvolles Denken und Handeln umwandeln können. Bei der Wirtschaftsförderung könnte die Einstellung einer qualifizierten Mitarbeiterin sogar positive Effekte auf den städtischen Haushalt und die Qualität der Beratungen haben. Sich Know-how für den Einzelfall einzukaufen, schönt die Bilanz des Stellenplans; solch kurzfristiges Denken kann aber nicht eine längerfristige Strategie ersetzen, die selbst in der Lage ist, die Relevanz verschiedener Zielvorstellun-

gen gegeneinander abzuwägen und ihren Umsetzungsprozess langfristig zu begleiten.

Man merkt, dass die bisherigen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung ausgereizt sind. Weiteres Sparen am Personal bringt die Dienstleistungsfähigkeit der Stadtverwaltung an ihre Grenzen, eine in die Zukunft blickende Weiterentwicklung unserer Stadt wird blockiert. Wir alle müssen vielleicht eigenes Geld in die Hand nehmen, damit Lüdinghausen seiner zukünftigen Entwicklung als lebenswerte, menschengerechte Kommune gerecht werden kann. Vielleicht reicht es aber auch, durch Umschichtung und andere Schwerpunktsetzungen die Personalkapazitäten zu optimieren. Und statt in Stein zu investieren, kann auch in Menschen investiert werden (so der ehemalige Minister Laumann). Es gibt in bestimmten Bereichen auch Landeszuschüsse für Personal.

Ein Wort zur Natur: Bei allen Planungen wurde uns bisher versprochen, dass die Bäume so weit wie möglich erhalten bleiben sollen. Die Wirklichkeit sah dann wenig später anders aus. Bäume in Lüdinghausen haben wenig Chancen, ein Reifealter zu erreichen, in dem sie ihrer Funktion für Flora und Fauna gerecht werden. Und Bäume, die zu früh ersetzt werden, können auch ihre Funktion für den Menschen, indem sie zum Beispiel eine positive Wirkung auf das städtische Mikroklima ausüben, nicht erfüllen. Hier ist ein Umdenken dringend nötig. Immerhin wird uns seit neuestem bei Baugebietsplanungen genau aufgezeigt, welche Bäume und Gebüsch auf jeden Fall beseitigt werden müssen, wenn wir bestimmte Planungsentscheidungen fällen. Manchmal müssen aber auch Bäume deshalb gefällt werden, weil im Umfeld nicht sorgsam genug gearbeitet wurde.

Eine Zukunftsaufgabe möchte ich noch erwähnen. Das sind die Institutionen für Kinder und Jugendliche, die uns sehr

am Herzen liegen. Von der U 3 – Betreuung über die OGGS bis hin zur Veränderung der Schullandschaft an den weiterführenden Schulen betreten wir Neuland oder stehen vor großen Strukturänderungen, die nur mit Vernunft und gutem Willen zu leisten sind. Als wichtige Erkenntnis des bisherigen Verlaufs dieses Gestaltungsprozesses hat es sich erwiesen, dass wir als Rat die Beteiligten in den Veränderungsprozess frühzeitig einbinden müssen. Eine Politik hinter verschlossenen Türen oder ohne echte Entscheidungsfreiheit für die Beteiligten musste scheitern. Jede politische Gruppierung weiß sicherlich für sich am Besten, was der Stadt und den Kindern gut tut. Diese Überzeugung muss aber im Diskurs durchgesetzt werden und kann nicht im stillen Kämmerlein ausbaldowert werden. Gerade hier wird deutlich, dass das Beharren auf vermeintlich guten Traditionen den Anforderungen an die Zukunft nicht immer gerecht wird.

Mancher Unmut wird in der Bevölkerung auch erzeugt, wenn sie das Gefühl hat, ihr würden Fakten vorenthalten. Zwar gibt es Bereiche, in denen eine Verschwiegenheit nicht nur notwendig, sondern sogar Pflicht ist, dies muss vor den Bürgern dann aber auch begründet werden. Wir würden dem würdelosen Umgang mit vertraulichen Daten und Fakten damit Einhalt gebieten können, vor allem, wenn die Öffentlichkeit nach Entscheidungsfindung sachlich und umfassend informiert wird. Das heißt: So viel Transparenz wie möglich!!

Ich komme am Ende meiner Rede auf den Anfang zurück. Die Unsicherheit, die ich bei den Haushaltsberatungen beobachtet habe, haben sicher auch etwas damit zu tun, dass zu häufig ein „Weiter so!“ verlangt wurde, was erkennbar mit einer sinnvollen Gestaltung der Zukunft nicht in Einklang stand. Wir lehnen den Haushaltsentwurf in dieser Form deshalb ab.

